

KEMÖ, die Kooperation E-Medien Österreich

Ein Studienaufenthalt beim österreichischen Konsortium in Wien

Adalbert Kirchgäßner

Im Juni 2010 waren Dr. Michael Becht (Zentrale Koordination Konsortium Baden-Württemberg) und ich zu einem einwöchigen Studienaufenthalt im Rahmen des Erasmus-Personalmobilitätsprogrammes nach Wien eingeladen. Dieser Studienaufenthalt wurde von der Universitätsbibliothek Wien organisiert und gab uns die Möglichkeit, die Struktur der Kooperation E-Medien Österreich (KEMÖ) aus den unterschiedlichen Blickwinkeln großer und kleiner Teilnehmer, der Kooperationsstelle und des Kooperationsbeirats kennenzulernen.

Die Kooperation E-Medien Österreich (KEMÖ) ist durch einen Vertrag begründet, der die Struktur der Kooperation – Geschäftsstelle, Beirat und Mitgliederversammlung – sowie die Rechte und Pflichten der Mitglieder und der Organe der KEMÖ regelt. Dieser Vertrag ist in der laufenden Periode auf dreieinhalb Jahre angelegt und anschließend wieder neu zu verhandeln.

Das Werden der Kooperation

Auf der ODOK 1999 in Bregenz haben Vertreter mehrerer Bibliotheken diskutiert, wie sich die österreichischen Bibliotheken organisieren können, um den Einkauf elektronischer Medien effizienter zu gestalten. Ziel war es, die sehr hohen und laufend stark steigenden Kosten für elektronische Medien durch gemeinsame Verhandlungen zu reduzieren oder zum mindesten deren Anstieg zu beschränken. In der Folge bekam Herr Helmut Hartmann, Mitarbeiter der Universitätsbibliothek Graz, den Auftrag, die Möglichkeit der Bildung von Konsortien für die österreichischen Bibliotheken auszuloten. Diese wurden von Mitarbeitern verschiedener Bibliotheken verhandelt, die jeweils für ein oder mehrere Produkte zuständig waren. Die verhandlungsführende Bibliothek war jeweils Konsortialführer. Auf dieser Basis wurden nach einem sechsmonatigen Probelauf mit einem großen Zeitschriftenverlag im 2. Halbjahr 2000 erste Konsortialverträge mit den großen Zeitschriftenverlagen und Datenbankanbietern für 2001 bis 2003 abgeschlossen. 2004 wurde beschlossen, die Konsortialarbeit zu institutionalisieren und auf eine vertragliche Basis zu stellen. Vierzehn staatliche Universitäten schlossen im Folgejahr einen Vertrag und begründeten damit die institutionell verankerte Zusammenarbeit.¹

1 Bauer, Bruno: Universitätsbibliotheken in Österreich. In: *Bibliotheksdienst* 41 (2007), H. 3, S. 269–286. S. 275

Zum 1. Juli 2005 nahm Helmut Hartmann mit 50% seiner Dienstzeit die Arbeit der Zentralen Kooperationsstelle (ZKST) für E-Medien auf. Rechtsträger dieser Arbeitsstelle war die Universität Graz. Die ZKST wurde durch Umlage von den Vertragspartnern, d.h. den Teilnehmern an den Konsortien finanziert. Dieser Vertrag war auf drei Jahre befristet. Nach schwierigen Verhandlungen wurde zum 1. Juli 2008 ein neuer Vertrag mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2011 abgeschlossen. Der Vertrag wird, nicht von den Bibliotheken, sondern von deren Trägereinrichtungen geschlossen.

Für 2012 steht die Neuverhandlung des Vertrags an. Es ist absehbar, dass diese schwieriger wird, da es inzwischen mehr und unterschiedlichere Teilnehmer sind. Seit der formellen Gründung 2005 traten nämlich jedes Jahr weitere Teilnehmer der Kooperation bei. Heute (Juni 2010) gehören ihr 51 Teilnehmer an, darunter 19 staatliche Universitätsbibliotheken, fünf Privatuniversitäten 15 Fachhochschulbibliotheken sowie die Österreichische Nationalbibliothek.

Der Vertrag von 2008 ist die Rechtsgrundlage für die heutige Kooperation E-Medien Österreich (KEMÖ). Die ZKST wurde mit diesem Vertrag an die OBVSG in Wien verlagert und auf 2,25 Personalstellen aufgestockt. Die OBVSG ist Träger der ZKST und stellt die Räume und die Infrastruktur. Die ZKST wird weiterhin durch Umlage von den Mitgliedern finanziert, wobei sich die Umlage nach dem Umsatzanteil der Teilnehmer und dem Arbeitsaufwand für die einzelnen Teilnehmer berechnet. Eine Neuverhandlung des Vertrages ist für den Fall vorgesehen, dass sich Umsatzanteile und/oder Arbeitsaufwand stark verändern.

Die Zentrale Koordinationsstelle (Geschäftsstelle)

Die ZKST koordiniert die Anforderungen der Bibliotheken und verhandelt die Verträge mit den Verlagen. Seit Beginn der Konsortialbildung 2001 kamen Jahr für Jahr neue Verträge hinzu, und so besteht heute ein breites Spektrum unterschiedlicher Verträge über Zeitschriftenpakete, Datenbanken und fachübergreifende wie fachspezifische E-Book-Pakete. Nationallizenzen wie in Deutschland konnten wegen fehlender zentraler Mittel nicht erworben werden. Hingegen gelang es, mehrere Konsortialverträge über die Lizenzierung von digitalen Archiven für einen Teil der Standorte abzuschließen.² Insgesamt gibt es ab September 2010 46 Produktverträge mit rund 450 Standortlizenzen. Die Verträge haben im Maximum 23 Standorte, im Minimum zwei Standorte je Produkt.

Eine wesentliche Aufgabe der ZKST ist der Titelabgleich der Zeitschriftenpakete für die jährliche Erneuerung. Die Abbestellungen bzw. Bestandsänderungen werden an die Arbeitsstelle gemeldet und dort zusammengetragen. Eine Beauf-

2 Bauer, Bruno und Harald Weigel: Aktuelle Entwicklungen an den österreichischen Bibliotheken 2009. In: Bibliothek, Forschung und Praxis 34 (2010), S. 108–112. S. 109.

tragung einer Agentur mit dem Titelabgleich für ein großes Paket ist in der Diskussion. Die Verträge werden von der ZKST ausgehandelt. Bei Verhandlungen der großen Verträge sind meist ein oder mehrere Vertreter der Bibliotheken beteiligt. Die Verhandlungen wurden in den Jahren vor der formellen Gründung von Vertretern einer oder mehrerer Bibliotheken geführt. Die Vertreter der Bibliotheken sind zum Teil heute noch bei den Vertragsverhandlungen mitbeteiligt. Und bei Verhandlungen über Großverträge wird die Kooperation meist von mehreren Personen vertreten.

Die Verträge müssen von jeder teilnehmenden Institution unterschrieben werden, da den Rektoren der Hochschulen nicht erlaubt ist, die Unterschriftsberechtigung an Personen zu delegieren, die nicht ihrer Institution angehören. Die meisten Einrichtungen müssen jeden Vertrag von der eigenen Rechtsabteilung prüfen lassen, was dazu führen kann, dass zwischen Vereinbarung und letzter Unterschrift ein längerer Zeitraum liegt. Die Verträge folgen meist dem klassischen Abonnementmodell. Für wenige spezielle Fachpakete wurden neue Preismodelle ausgehandelt.

Neue Produkte schlägt die ZKST den Teilnehmern vor oder diese Vorschläge werden von einzelnen Teilnehmern eingebracht. Anschließend erhebt die ZKST den Bedarf und leitet bei entsprechendem Bedarf mehrerer Bibliotheken die Verhandlungen ein.

Die ZKST führte auch zusammen mit den jeweiligen Universitäten und der VÖB die Fachtagungen „Gutenbergs Erbe: das elektronische Buch“ 2006 an der Universität Graz und den VÖB-Kongress „E-Welten in Bibliotheken“ 2008 an der Donau-Universität Krems durch.

Der Arbeitsauftrag der ZKST ist im Vertrag festgelegt. Der von der ZKST vorzulegende jährliche Arbeitsplan wird vom Kooperationsausschuss beschlossen. Überdies gibt es Vorgaben der Teilnehmer, die zu beachten sind. So können die Teilnehmervertreter etwa beschließen, dass die ZKST keinen Vertrag akzeptieren darf, der einen bestimmten Preissteigerungsprozentsatz überschreitet.

Die Verselbständigung der Geschäftsstelle und deren Ansiedlung an der OBVSG ist aus Sicht der Teilnehmer ein Fortschritt. Die unabhängige Geschäftsstelle hat in der Diskussion ein größeres Gewicht als die frühere Geschäftsstelle, die gleichzeitig eine Abteilung einer Universitätsbibliothek war.

Teilnehmer

Die KEMÖ hat derzeit 51 Teilnehmer, staatliche und private Universitätsbibliotheken, die Nationalbibliothek, Fachhochschulbibliotheken und selbständige Forschungseinrichtungen (Stand Juni 2010). Die Kriterien für die Teilnahme sind

im Kooperationsvertrag vereinbart. Neue Mitglieder werden von dem Kooperationsausschuss nach den im Vertrag stehenden Kriterien für die Teilnahme aufgenommen.

Bis auf eine Ausnahme gibt es unter den Teilnehmern bisher keine Landeskliniken. Derzeit wird geprüft, wieviel zusätzliche Arbeitskapazität für die ZKST notwendig wäre, um weitere Landeskliniken aufnehmen und betreuen zu können. Denn diese gehören nicht zum akademischen Bereich, und die Anbieter haben für die Landeskrankenhäuser andere Geschäftsmodelle und andere Vertriebsstrukturen als für den akademischen Bereich.

Für die nächste Vertragsverlängerung wird außerdem diskutiert, ob zwischen den Kerneinrichtungen, die die Kooperation tragen, und kleineren servisierten Einrichtungen unterschieden werden soll.

Der Bedarf der Mitglieder ist sehr unterschiedlich, je nach der lokalen Situation: Kleine Spezialbibliotheken streben zum Teil eine vollständige Umstellung auf elektronische Literatur- und Informationsversorgung an, während die großen Bibliotheken auf längere Sicht beide Angebotsformen, d.h. elektronische und gedruckte Medien, bereitstellen müssen, zum Teil alternativ und teilweise auch parallel. Ziel der Teilnahme ist sowohl die Kostenreduzierung für die einzelnen Angebote als auch die Ausweitung der Angebote. Was für die einzelne Bibliothek wichtiger ist, hängt wiederum von der jeweils lokalen Situation ab.

Die Teilnahme bringt den Einrichtungen Vorteile, indem gemeinsam Kosten reduziert und Angebote erweitert werden können, was den einzelnen Einrichtungen so nicht möglich wäre. Andererseits beschränkt die Teilnahme die Einrichtungen in ihrer Handlungsfreiheit, wenn statt Einzelprodukten Produktkonglomerate eingekauft werden müssen und nicht mehr genau die gewünschten Produkte beschafft werden können. Damit schwinden auch die Möglichkeiten der Standortprofilierung durch die Differenzierung der Informationsangebote der einzelnen Einrichtungen.

Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung sind alle Teilnehmer vertreten. Das Stimmgewicht der Mitglieder ist nach Umsatz und Größe von 1 bis 5 gestaffelt. Die Mitgliederversammlung tritt mehrmals im Jahr zusammen, beschließt über strukturelle und organisatorische Fragen, den Status und die Zukunft der Kooperation sowie die Vertragsgestaltung. Im Jahre 2008 trat die Mitgliederversammlung acht Mal zusammen, weil der neue Vertrag auszuhandeln war.³

3 Bauer, Bruno: Nationale und internationale Kooperationen der österreichischen Universitätsbibliotheken 2008. In: Mitteilungen der VÖB 62 (2009), S. 51–66. S. 56.

Zur Information der Mitglieder wurde eine Webseite aufgebaut:
<http://www.konsortien.at>.

Über diese Plattform werden die Mitglieder informiert und erforderliche Arbeitsvorgänge der ZKST mit den Mitgliedern durchgeführt. Hingegen dient der öffentliche Bereich der Plattform der Information der Öffentlichkeit.

Kooperationsausschuss

Der Kooperationsausschuss besteht aus vier Personen, die von der Mitgliederversammlung gewählt werden. Dieser Ausschuss trifft sich (mindestens) viermal im Jahr. Die Ergebnisse werden in einem Protokoll ins Netz gestellt und alle Bibliotheken können gegen Beschlüsse innerhalb von 3 Wochen Einspruch erheben. Bei qualifiziertem Einspruch hat sich der Ausschuss nochmals mit dem Thema zu befassen. Bleibt dieser bei seinem Beschluss und bleiben die Mitglieder bei ihrem Einspruch, wird das Thema in der nächsten Mitgliederversammlung behandelt.

Der Kooperationsausschuss kann für einzelne Themen Arbeitsgruppen einsetzen. So gibt es eine Arbeitsgruppe „Kostenschlüssel“, die sich mit der Umlage der Kosten auf die einzelnen Teilnehmer beschäftigt.

Die Arbeit für den Kooperationsausschuss ist sehr aufwendig. Deshalb wird dieser bisher auch von den großen Bibliotheken beschickt, die diesen Aufwand leisten können. Die Bibliotheken andererseits verlassen sich darauf, dass der Kooperationsausschuss für sie tätig ist. Dieser Aufwand wird von den entsendenden Bibliotheken getragen.

Geschäftsmodelle und Finanzierung

Die Abschlüsse folgen meist dem klassischen Konsortialmodell auf Abonnementbasis. Für einige Produkte wurden neue Geschäftsmodelle vereinbart. Derzeit werden für die 46 Produktverträge etwa 14 Mio € ausgegeben. Die Kostenaufteilung folgt bei den Abonnementverträgen der Kostenverteilung der Abonnements. Bei den anderen Verträgen ist diese zwischen den Teilnehmern auszuhandeln. Die Kosten für die Geschäftsstelle belaufen sich auf weniger als 200.000 € pro Jahr. Diese werden nach dem vereinbarten Kostenschlüssel auf die Teilnehmer umgelegt. Ein Teil der Umlage besteht aus Festbeträgen, die sich an der Größe der Einrichtungen (VZÄ) orientieren, ein weiterer Teil berechnet sich nach dem Umsatzanteil der Einrichtungen und dem Arbeitsaufwand, der für die jeweiligen Produkte erforderlich ist. Eine zentrale Finanzierung gibt es nicht.

Insgesamt bot der Aufenthalt die Chance, sich eingehender mit der Struktur des kooperativen E-Medien-Einkaufes in Österreich auseinanderzusetzen, deren Stärken und Probleme kennenzulernen und dabei auch neue Impulse für die eigene Konsortialarbeit in Baden-Württemberg zu gewinnen. Dabei ergab sich auch die Möglichkeit, einen Eindruck von der Vielfalt der Bibliotheken in Österreich im Allgemeinen und in der Hauptstadt Wien im Besonderen zu gewinnen. Die vielfältige, offene und zum Teil auch unter den Bibliothekaren vor Ort kontroverse Diskussion ermöglichte es den Besuchern, einen guten Einblick in die Arbeit der Bibliotheken und ihrer kooperativen Strukturen dieser Arbeit zu bekommen und diese mit den Strukturen der eigenen Bibliothekslandschaft zu vergleichen. Allen Gesprächspartnern in Wien sei hierfür gedankt.